

Mittwoch den 10. Mai 1916

Bezugspreis:
Ausgabe A mit illust. Beilage vierstündlich 2.10 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.55 M.; in Österreich 4.45 K.
Ausgabe B vierstündlich 1.80 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.25 M.; in Österreich 4.07 K.
Gesamtnummer 10 4.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachmittags.

Sächsische

Volkzeitung

Organ der Zentrumspartei. Einzige Tageszeitung für die katholische Bevölkerung im Königreich Sachsen.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Die amerikanische Antwort

Die amerikanische Antwort

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika hat die deutsche Note vom 4. Mai bereits beantwortet, und diese Antwort soll der deutschen Regierung sofort übermittelt worden sein. Bis heute früh lag dort die Antwort noch nicht vor. Da die Morgenblätter aber den Wortlaut der amerikanischen Antwort mitteilen, so wollen wir ihr auch zum Abdruck bringen. Es heißt da:

„Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. d. M. ist von der Regierung sorgfältig erwogen worden. Sie ist namentlich zur Kenntnis genommen worden als Angriff der Kaiserlichen Regierung, fünfzig ihrer Kämpfer zu tun, um die Kriegsoperationen für die Dauer des Krieges auf die Bekämpfung der Streitkräfte der Kriegsführenden zu beschränken, und daß sie beschlossen hat, alle ihren Kommandanten zur See die Beschlüsse aufzuerlegen, die die Regeln des Völkerrechts anerkennen und worauf die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seitdem die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 denjenigen Unterseebootkrieg angekündigt hat, der jetzt glücklicherweise aufgegeben ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduldigen Bemühungen, die trübsame Fragen, die aus jener Politik entstanden sind und die die guten Beziehungen der beiden Länder so ernstlich bedrohten, zu einem freundlichen Ausgleich zu bringen, beständig durch die Gefühle der Freundschaft leiten und zu erhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten verläßt sich darauf, daß jene Erfahrung hinfert gewissenhaft ausgeführt werden wird. Die jetzige Änderung der Politik der Kaiserlichen Regierung ist geeignet, die kampflosen Gefahr für die Unterbrechung der guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu beseitigen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält es für notwendig, daß sie es für ausgemacht hält, daß Deutschland nicht beabsichtigt, annehmen zu lassen, daß die Aufrechterhaltung der neu angekündigten Politik in irgend einer Weise von dem Verlauf oder dem Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten oder irgend einer kriegerischen Regierung abhänge, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai so ausgelegt werden könnten. Um jedoch ein mögliches Mißverständnis zu vermeiden, tut die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung zu wissen, daß sie sich keinen Augenblick auf die Idee einlassen, gleichzeitig sie vortern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See durch die deutschen Marinabehörden irgendwie oder im geringsten Maße von dem Verhalten einer anderen Regierung abhängig gemacht werden sollte; denn die Verantwortung mit Bezug auf die Rechte der Neutralen und der Kämpfer ist etwas Individuelles und nicht Gemeinschaftliches, und etwas Absolutes und nicht etwas Relatives.“

Nehmen wir an, daß die Meldung von der Absendung der amerikanischen Antwort richtig ist und daß der Wortlaut der Note mit dem in den Blättern verbreiteten übereinstimmt, dann darf die Mitteilung von einer Befreiung der Gefahr des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten als bestätigt angesehen werden. Unsere Feinde, namentlich aber die Engländer, haben sich dennoch zu früh gefreut. Sie glaubten den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg als direkten Gegner der Mittelmächte bereits in greifbarer Nähe zu sehen und nun müssen sie erfahren, daß Deutschland es versteht, einen Konflikt zu vermeiden, ohne sich in seiner Ehre etwas zu vergeben. Amerika hält die jetzige Politik der deutschen Regierung für geeignet, die höchstschändliche Gefahr eines Abbruches der diplomatischen Beziehungen zu beseitigen, und damit ist einer friedlichen Verständigung zwischen den beiden Großmächten für die Zukunft der Weg geebnet. Gewiß hat Deutschland in diesem Falle ein Zugeständnis gemacht, das einem sehr großen Teile des deutschen Volkes nicht gefällt, aber wir müssen doch bedenken, daß der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg auch andere neutrale Staaten in das Ringen der Völker hineinziehen kann und dadurch könnte eine für uns nicht ganz günstige Lage geschaffen werden. Daher muß man sich mit dem Standpunkte der deutschen Regierung abfinden, der den Feinden einen dicken Strich durch die Rechnung macht und der Amerika auf einen für uns ertraglichen Boden stellt.

Das Neueste vom Tage

Der amtliche deutsche Tagessbericht.

(W. L. B. Amtlich.) Großes Hauptquartier, 10. Mai 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz

In den Argonnen versuchte der Feind im Anschluß an eine Sprengung in unsere Gräben einzudringen. Er wurde zurückgeschlagen.

Südwestlich der Höhe 304 wurden feindliche Vortruppen weiter zurückgedrängt und eine Feldwache aufgehoben. Unsere neuen Stellungen auf der Höhe wurden weiter ausgebaut.

Deutsche Flieger belegten die Fabrikanslagen von Domäne und Naon l'Etape ausgiebig mit Bomben.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Südlich von Garbunowka (westlich Dünaburg) wurde ein russischer Vorstoß auf schmalster Frontbreite unter schweren Verlusten für den Feind abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung

Georgien über seine Reiseindrücke

Berlin, 10. Mai. In einer Unterredung, die der Sekretär der bulgarischen Sobranje, Georgiew, ein Schweizer des Ministerpräsidenten Radoslawow, hatte, schiede er die Eindrücke politischer Natur, die er in Berlin empfangen hat, und sagte u. a., die gerechte Sache des deutschen Volkes müsse triumphieren, weil man die Entschlossenheit überall sehe, daß äußerste und lehre anzubieten, um den endgültigen Sieg an die deutschen Jäger zu heften. Radoslawow werde keine geringe Freude haben, daß die hier weilenden Anhänger seiner Partei Augenzeugen seines Werkes sein dürfen. Die nun mehr festgeküpfsten Bande würden sich als unzerbrechbar beweisen.

Bei Besprechung seines Dresdener Aufenthaltes sagte Georgiew: Die Fahrt sei ein Triumphzug gewesen. Von einer Kriegsmüdigkeit sei nirgends die leise Spur zu entdecken gewesen. Bei Besichtigung einer Tabakfabrik hätten die Bulgaren bei der Bearbeitung bulgarischer Tabake das freudige Gefühl gehabt, daß wir uns auch wirtschaftlich ergänzen. — In Hamburg treffen die bulgarischen Abgeordneten am Donnerstagabend ein. Am Freitag soll der Elbtunnel besichtigt und eine Hafensafari gemacht werden, wonach ein Besuch des Dampfers „Imperator“ der Hamburg-Amerika-Linie vorliegen soll. Darauf findet ein Empfang im Rathause durch den Senat statt.

Die Konsuln verlassen Athen

verschiedene Blätter lassen sich melden, daß der österreichisch-ungarische und der bulgarische Konsul die griechische Hauptstadt mit ihrem Personal und den Archiven verlassen und sich nach Loukai zurückgezogen haben.

Ein neuer Blaubart

Budapest, 10. Mai. (W. L. B.) In Eincote, einer Ortschaft in der Nähe von Budapest, wurden in einer Kammer, die zur Wohnung des zu Kriegsbeginn einberufenen Spenglermeisters Lele Kies gehörte, in sieben zugelötzten Blechbüchern sieben in Verweisung übergegangene Frauenleichen gefunden. Die Untersuchung ist eingeleitet. Nach Aussage der Hausbewohner ist Kies in Serbien gefallen.

Wie das berühmte Septemberabkommen gegen Sonderfrieden aussieht

Wir lesen im „Rostoder Anzeiger“: Wie das berühmte Septemberabkommen von 1914, nach welchem sich alle unterzeichneten Staaten verpflichten, mit Deutschland und seinen Verbündeten keinen Sonderfrieden zu schließen, eigentlich aussieht, darüber gibt uns die japanische Zeitung „Nishi Nishi“ vom 21. Januar d. J. einige Auskunft.

Nach diesem Blatte ist der Plan zu diesen Verträgen von England entworfen worden. Allerdings enthält dieser Vertrag die feierliche Erklärung, daß keiner der Bündnisstaaten mit dem Feind in Friedensverhandlungen eintreten darf, an exiter Stelle. Es hat sich jedoch jeder einzelne Staat, der diesen Vertrag unterschrieb, soviel Sonderparagraphen hineingeschrieben, daß dieses Schriftstück ein recht wertloses Papier geworden ist, nicht der Tinte wert, mit dem es beschrieben ist.

England hat folgende Sonderbestimmungen im Vertrag: Sollten schwere innere Unruhen die Existenz des Staates gefährden, so daß die Möglichkeit revolutionärer Ausbrüche großen Ausmaßes besteht, so soll die Kaiserliche Regierung berechtigt sein, zur Niederzwingung der Unruhen jede Maßnahme zu ergreifen, die zur Erhaltung des Staates notwendig ist. Die Kaiserlich russische Regierung behält sich dann vor, unter gleichzeitiger Verständigung der befreundeten Regierungen, mit dem Feind in Friedensverhandlungen zu treten und ihrerseits über die Interessen des Staates selbstständig zu wachen.

Auch Frankreich hat sich in diesem Vertrage ein Hintertürchen offen gelassen. Die französische Klausel lautet: Die Regierung der französischen Republik erklärt feierlich, kein selbständiges Friedensangebot dem feindlichen Staate zu machen oder ein solches von ihm anzunehmen zu wollen. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind ist mit Einführung aller verfügbaren Mittel und Kräfte von den Verbündeten zu führen. Sollte einer der Unterzeichneten seine Bündnispflichten wegen des Eintretens unvorhergesehener Umstände, wie Revolten, schwere finanzielle Krisen, die eine Fortführung des Kampfes unmöglich machen, nicht erfüllen können, so kann erst ein Konferenzbeschuß der Verbündeten die Vertragspflicht ändern oder aufheben. Jeder Staat soll aber berechtigt sein, wenn er in Notlage ist, eine Konferenz, die spätestens innerhalb drei Wochen tagen muß, zu beantragen.

Japan selbst ist bei der Unterzeichnung des Vertrages sein Risiko eingegangen, es hat sich nur verpflichtet, seine Forderungen nicht vor Friedensschluß aufzustellen. Die Verpflichtung zum Weiterkampf hat Japan unter Beurteilung auf den englisch-japanischen Bündnisvertrag von 1902 abgelehnt, wonach sich die beiden Kontrahenten nur gegenseitig Schutz zur Sicherung ihrer östlichen Interessen gewähren sollten. Mit der Eroberung Kiautschous habe Japan seine im Vertrag vorgesehene Verpflichtung — ebenso durch die Besetzung einiger Südseeinseln — erfüllt. Mit seinen Wünschen und Forderungen kann Japan warten. Aber auch an dieser Verpflichtung ist Japan nur so lange gebunden, als es England gegenüber finanzielle Verpflichtungen hat. Japan zahlt an England in letzter Zeit ungeheure Summen und wird bald aufgehort haben, Englands Schulden zu sein.

Niedriger hängen!

Die deutsche Gutsfrau; Illustrierte Wochenzeitung für die ländliche Frauengewalt in Gotha, bringt in Heft 5 flg. des Jahrganges 1916 einen Roman „Unter ehemaligem Pflug“ von Karl August Rind, dessen Abdruck ganz sicher nicht im vaterländischen Interesse ist, und gegen den wie deutsche Katholiken aus vaterländischem Interesse protestieren. Die einzige widerliche Figur des Romans ist ein elbönischer Euse. Die katholikenseidliche Tendenz, die aus der Art, wie das Auftreten des Euse geschildert wird, hervorgeht, läßt sich nicht klassifizieren. Eine kleine Probe des ungezogenen und alle Katholiken aufs gräßlichste verlebenden Tones möge folgen:

„Und der vierte im Bunde, ein Euse mit vierjähriger, riesenhafter Bauernfigur, gähnte mit ungezogener Ungeniertheit sogar sonst laut . . . und wußte sich mit seinem unförmig strohigen, nicht mehr ganz sauberen roten Tschentuch unablässich in seinem verschwitzten Gesicht berum . . . Gleich am ersten Haar des kleinen Dörfchens ließ der Euse sich nach einem läufigen Gruß zu den anderen von seinem Sitz heruntergleiten, befreite sich, wie um sich vom Makel einer notgedrungenen Gemeinschaft mit protestantischen Deutschen zu reinigen und schlug einen Pfad

Hinweise:
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Ausstellungsanzeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Petit-Schallplatte 20 Pf. im Reflexionsmeier 60 Pf.
Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher angegebene Anzeigen können nur die Beträtschungen für die Sicherheit des Zeuges nicht übernommen werden.
Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr vorm.